



Der Minister
für Kultur, Bundes- und
Europaangelegenheiten
und Chef
der Staatskanzlei

Generalsekretariat
Europäische Kommission
Rue de la Loi 200/Wetstraat 200
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIEN

Erfurt
14. August 2017

Stellungnahme zur Öffentlichen Konsultation zur Europäischen Bürgerinitiative

Sehr geehrte Damen und Herren,

Artikel 1 des Vertrags über die Europäische Union hält fest, dass die EU eine Union der Völker Europas ist, „in der die Entscheidungen möglichst offen und möglichst bürgernah getroffen werden“. Auch die Juncker-Kommission hat sich in ihren politischen Leitlinien unter dem Leitsatz „Eine Union des demokratischen Wandels“ zur Förderung einer bürgernahen EU bekannt. Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) ist in diesem Sinne ein wichtiges Instrument, um die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Politik der EU einzubeziehen. Die Praxis hat allerdings gezeigt, dass das Potenzial des Instruments bislang bei weitem nicht ausgeschöpft wurde. Dazu hat auch die restriktive Handhabung der Registrierung von Initiativen durch die Kommission beigetragen. Nicht zuletzt das Urteil des EuGH zur Registrierung der geplanten EBI „Stop TTIP“ vom 10. Mai 2017 hat die Notwendigkeit einer Erneuerung des Instruments und der durch die Kommission etablierten Verfahren aufgezeigt. Der EuGH hatte die Entscheidung der Kommission, die Initiative „Stop TTIP“ nicht als EBI zu registrieren, als nichtig erklärt und stattdessen das Ziel einer EBI – nämlich die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger am demokratischen Leben in der EU – betont.

Die Thüringer Staatskanzlei begrüßt vor diesem Hintergrund die öffentliche Konsultation zur EBI als Ausdruck der Bereitschaft der Kommission, die vorhandenen Defizite der EBI anzugehen.

Für eine Reform der EBI regt die Thüringer Staatskanzlei in Ergänzung zu den Antworten im Fragebogen folgende Änderungen an:

Thüringer
Staatskanzlei
Regierungsstraße 73
99084 Erfurt

Durchwahl:
Telefon 0361 57-3211831
Telefax 0361 57-3211832

VZ-CdS@
tsk.thueringen.de

www.thueringen.de

- **Die Information und Beratung zur EBI muss ausgebaut und gestärkt werden. Dabei spielt vor allem die persönliche Beratung vor Ort eine wichtige Rolle. Hier sollten die Europe Direct-Informationszentren (EDICs) stärker einbezogen werden.**

Reine Online-Angebote wie die Website der Kommission zur EBI reichen nicht aus: Diese erreichen nur diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die mit dem Internet umzugehen wissen. Es ist wichtig, den Bürgern auch offline eine angemessene Unterstützung in ihrem Umfeld bieten zu können. Hierfür sollten sowohl auf nationaler Ebene als auch auf regionaler Ebene Kontaktpunkte eingerichtet werden. Als Anlaufpunkte auf regionaler Ebene bieten sich die EDICs an, welche über die gesamte EU verteilt sind und wichtige Orte der Information und des Dialogs zwischen der EU und den Bürgerinnen und Bürgern in ihren Regionen darstellen. Die EDICs sollten für das Angebot dieser Beratungsleistung mit dem notwendigen Know-How in Form von aktuellen Materialien und Schulungsangeboten zur EBI unterstützt werden. Den EDICs sollte dabei primär die Erstberatung für eine EBI zukommen. Eine ausführliche Beratung über den gesamten Verlauf einer EBI sollte dagegen durch unabhängige Akteure (siehe Fragebogen) gewährleistet werden. Eine Informationskampagne der EU zur Steigerung der Bekanntheit der EBI sollte die EDICs als strategische Partner vor Ort einbeziehen.

- **Die Befugnis der Kommission, über die Zulässigkeit einer geplanten Initiative zu entscheiden, sollte durch ein Überprüfungs- und Aufhebungsrecht des Europäischen Parlaments ergänzt werden.**

Im Falle einer Ablehnung der Registrierung durch die Kommission sollte die Initiative in zweiter Instanz dem Europäischen Parlament zur Überprüfung vorgelegt werden. Dieses muss die Gründe der Ablehnung überprüfen. Kommt das Parlament zu dem Ergebnis, dass die Kommission doch zuständig ist und damit eine Registrierung vorzunehmen ist, gilt die Entscheidung des Parlaments. Die Organisatoren sollten in dieser Frage sowohl gegen die Entscheidung des Parlaments als auch gegen die Entscheidung der Kommission Rechtsmittel einlegen können.

- **Es sollte Aufgabe der Kommission sein, die Kerntexte einer EBI in alle EU-Amtssprachen zu übersetzen. Die Übersetzungen sollten vor Beginn der Sammlungsfrist vorliegen.**

Ein großes Problem für die Organisatoren ist die Übersetzung ihrer Initiative in weitere EU-Sprachen. Zum einen müssen die Übersetzungen von den Organisatoren selbst getätigt bzw. in Auftrag gegeben werden. Zum anderen prüft die Kommission die eingereichten Übersetzungen erst nach der Registrierung, also bereits innerhalb der Sammlungsfrist. Damit geht den Organisatoren wertvolle Zeit für die Sammlung von Unterschriften verloren. Auch ist damit nicht gewährleistet, dass die Initiative in allen Amtssprachen der EU zur Verfügung steht. Der Zugang zu und das Verständnis einer Initiative müssen aber für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen möglich sein, was auch die geltende Verordnung zur EBI in Erwägungsgrund 3 festhält. In diesem Sinne und vor dem Hintergrund der gängigen Sprachenpolitik der EU sollte den Bürgerinnen und Bürgern die Unterstützung einer EBI durch deren Bereitstellung in ihrer jeweiligen Landessprache ermöglicht werden.

- **Die Anforderungen an die Organisatoren und Unterzeichnenden müssen abgesenkt werden: Das Mindestalter sollte auf 16 Jahre herabgesetzt werden. Zusätzlich sollten Drittstaatsangehörige, die seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in der EU wohnhaft sind, das Recht zur Unterzeichnung einer EBI erhalten.**

Die bestehende Regelung benachteiligt die große Zahl von Drittstaatsangehörigen, die in der EU ihre Heimat gefunden haben. Auch diese Menschen nehmen als Bewohner der EU-Mitgliedstaaten Anteil am gesellschaftlichen und politischen Leben in der EU. So können sie etwa bereits in vielen EU-Mitgliedstaaten an den Kommunalwahlen teilnehmen. Aufgrund ihres Charakters als Instrument der demokratischen Partizipation ohne legislative Wirkung bietet sich die EBI besonders für eine Öffnung für Nicht-Unionsbürgerinnen und Nicht-Unionsbürger an.

- **Die Schritte der Überprüfung der Unterstützungsbekundungen (UBs) und der Vorlage bei der Kommission sollten gebündelt werden.**

Das bestehende Prozedere zur Überprüfung der UBs durch die nationalen Behörden und der Vorlage bei der Kommission erzeugt einen hohen zeitlichen und organisatorischen Aufwand für die Organisatoren. Wesentlich ökonomischer wäre eine Zusammenlegung der beiden Schritte: Die Einreichung der UBs sollte in einem Schritt gemeinsam mit den weiteren, für die Vorlage der Initiative notwendigen Informationen zur Unterstützung und Finanzierung der Initiative an die Kommission erfolgen.

Der Kommission sollte dann auch die Prüfung der eingereichten UBs obliegen: Die für die Überprüfung verwendeten automatisierten statistischen Überprüfungsmethoden können ohne großen Aufwand auch von der Kommission durchgeführt werden. Die nationalen Behörden sollten lediglich bei eventuell notwendigen Anfragen an Einwohnermeldeämter einbezogen werden. Die Überprüfung der UBs sollte innerhalb von drei Monaten erfolgen.

Ein wichtiger Schritt im Verfahren der Überprüfung der UBs ist der Umgang mit fehlerhaften Datensätzen. Hierfür kommen drei Optionen in Betracht: Option 1 bedeutet die grundsätzliche Möglichkeit zur Nachprüfung und Korrektur der Datensätze auch bei hohen Fehlerquoten. Option 2 geht davon aus, dass eine Bescheinigung der Daten generell abgelehnt wird, wenn ein festgelegter Prozentsatz der Daten nicht plausibel ist. Option 3 stellt die Kombination aus Option 1 und 2 dar: Liegt der Anteil von nicht-plausiblen oder fehlerhaften Daten gemäß der statistischen Überprüfungsmethoden über einem bestimmten Schwellenwert – bspw. 20 % –, dann wird die Bescheinigung der Daten abgelehnt. Liegt er darunter, haben die Organisatoren die Möglichkeit zur Nachsteuerung. Hierfür können sie Personen, deren Angaben als fehlerhaft identifiziert wurden, kontaktieren und um die Korrektur oder Vervollständigung ihrer Daten bitten. Für diesen Zweck ist die Angabe der E-Mail-Adresse bei einer UB wesentliche Voraussetzung. Für alle Optionen muss ein hinreichender Rechtsschutz für die Organisatoren geschaffen werden. Die Thüringer Staatskanzlei spricht sich für die Einführung eines Mechanismus gemäß der Option 3 aus.

Nach erfolgreicher Überprüfung der UBs informiert die Kommission die Organisatoren über das Ergebnis und beginnt unverzüglich mit der Prüfung der EBI.

➤ **Die Rolle des Europäischen Parlaments sollte gestärkt werden.**

Die Kommission sollte gegenüber dem Parlament eine Berichtspflicht haben, wonach sie dem Parlament nach Abschluss des Prüfverfahrens über die Ergebnisse und die von ihr geplanten Folgemaßnahmen Bericht erstattet. Dies gäbe dem Parlament die Möglichkeit, zum Bericht der Kommission Stellung zu nehmen und unter Umständen auch sein Recht wahrzunehmen, einen Rechtsetzungsvorschlag von der Kommission zum Anliegen der Initiative einzufordern.

➤ **Die Organisation einer EBI sollte finanziell unterstützt werden.**

Die Organisation einer EBI ist nicht nur mit hohem zeitlichem und organisatorischem Aufwand verbunden, sondern auch mit hohen Kosten. Die entstehenden Kosten, z.B. für Öffentlichkeitsarbeit, Reisen, technische Ausstattung und Material müssen allesamt von den Organisatoren getragen werden. Der Erfolg einer Kampagne hängt damit in wesentlichen Teilen von der Finanzkraft einer EBI ab. Dieser Umstand läuft allerdings dem Wesen der EBI zuwider, ein Instrument für alle Bürgerinnen und Bürger zu sein, gleich welcher Herkunft und sozialen oder wirtschaftlichen Stellung. Vor diesem Hintergrund sollte die Möglichkeit geprüft werden, die Kosten für eine EBI zumindest in Teilen zu erstatten. Eine finanzielle Unterstützung könnte beispielsweise auf einem Betrag von min. 0,01 EUR und max. 0,05 EUR für jede gültige Stimme basieren. Hat eine EBI die notwendige Mindestzahl von 1 Million gültigen Stimmen erreicht, erhält sie eine entsprechende Kostenerstattung.

Dabei wäre eine Verankerung der finanziellen Unterstützung für EBIs im EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ zu erwägen. Im laufenden Mehrjährigen Finanzrahmen von 2014 bis 2020 umfasst dieses Programm ein Gesamtvolumen von 185,468 Mio. EUR, wovon 60 % für den Programmbeereich »Demokratisches Engagement und Partizipation« eingeplant sind.

Die Überarbeitung der Verordnung zur Bürgerinitiative birgt die große Chance, dass die positive Intention der EBI als Beteiligungsinstrument ihre Wirkung in der Praxis besser entfalten kann. Die EBI kann in Zeiten einer verstärkt wahrgenommenen Distanz zwischen der EU und den Menschen vor Ort helfen, eine Brücke zu bauen und den Leitsatz einer bürgernahen Politik der EU mit Leben zu füllen.

Die Thüringer Staatskanzlei fordert die Europäische Kommission auf, diese Chance wahrzunehmen und die Erfahrungen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger der EU über das Instrument der EBI ernst zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff